

Pressemitteilung

Direktion für Kommunikation

Ref: 712d09

Tel. +33 (0) 3 88 41 25 60

Fax +33 (0) 3 88 41 39 11

Internet: www.coe.int/de

e-mail: pressunit@coe.int



COUNCIL OF EUROPE
CONSEIL DE L'EUROPE

47 Mitgliedsstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Italien
Kroatien
Lettland
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg
Malta
"Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien"
Moldau
Monaco
Montenegro
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Rumänien
Russland
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tschechische Republik
Türkei
Ukraine
Ungarn
Vereinigtes Königreich
Zypern

Versammlung: Die Unabhängigkeit der Justiz stellt die oberste Verteidigungslinie gegenüber der politischen Beeinflussung dar

Straßburg, 30.09.2009 – In einer heute einstimmig verabschiedeten Entschließung hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) betont, dass die Unabhängigkeit der Justiz die oberste Verteidigungslinie gegenüber politisch motivierter Beeinflussung des Rechtes darstellt. Damit der Erfolg einer jeglichen Änderung am System gewährleistet ist, empfahl die PACE die Aufrechterhaltung der richtigen Ausgewogenheit zwischen den Parteien, die die volle Unabhängigkeit genießen (Richter, Anwälte der Beklagten) und Staatsanwaltschaft und Polizei.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Deutschland, ALDE), Berichterstatterin der PACE zu diesem Thema, untersuchte in vier Ländern, die die hauptsächlichsten Arten von Systemen für Strafverfahren in Europa repräsentieren, wie Politiker Strafverfahren beeinflussen können, nämlich im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Deutschland und der Russischen Föderation, und zwar durch die Analyse von öffentlich bekannten Fällen, wie zum Beispiel die Einstellung der Untersuchungen zum Betrug bei British Aerospace und der Skandal aufgrund des Verkaufs von Titeln im Vereinigten Königreich oder das zweite Gerichtsverfahren gegen Chodorkowskij, die Fälle HSBC/Hermitage Capital und zum Mord an Anna Politkowskaja in der Russischen Föderation.

In ihrer Entschließung fordert die Versammlung deshalb folgende Länder auf:

- **das Vereinigte Königreich** möge die Reform bezüglich der Rolle des Generalstaatsanwaltes (Attorney General) unverzüglich abschließen und damit dessen Verantwortung vor dem Parlament stärken und die vor kurzem beschlossene Kürzung der für Rechtshilfeersuchen verfügbaren Mittel rückgängig machen;
- **Frankreich** möge die vorgeschlagene Abschaffung des Untersuchungsrichters (*juge d'instruction*) überdenken; im Falle der Abschaffung und der Übertragung der Befugnisse dieser Institution auf die Anklagevertretung möge es die Unabhängigkeit der Staatsanwälte stärken;
- **Deutschland** möge ein System der Selbstverwaltung der Justiz einführen, und zwar gemäß der Justizräte (judicial councils), die in den meisten europäischen Staaten vorhanden sind und es möge die Möglichkeit abschaffen, dass Justizminister der Staatsanwaltschaft Anweisungen zu einzelnen Fällen geben;
- **die Russische Föderation** möge eine Reihe von Reformen verabschieden, mit denen der politische und hierarchische Druck auf Richter verringert wird

Wenn Sie unsere Pressemitteilungen per Mail empfangen wollen, wenden Sie sich bitte an: Council.of.Europe.Press@coe.int

Der Europarat wurde 1949 mit dem Ziel gegründet, Demokratie und Menschenrechte auf dem ganzen Kontinent zu fördern. Er gibt zudem Antworten auf die sozialen, kulturellen und rechtlichen Herausforderungen, die sich in den 47 Mitgliedsstaaten stellen.

Pressemitteilung

und der Belästigung von Anwälten der Beklagten ein Ende bereiten, um somit den im Land vorhandenen „Nihilismus des Rechts“ zu bekämpfen.